

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Klimawandelanpassungskonzept; Ermittlung der Ressourcenbedarfe
Bezug: 811a/2018
Anlagen: 0

Zusammenfassung:

Kommunale Klimawandelanpassungskonzepte können sehr breit angelegt sein, um dann Handlungsfelder z. B. vom Wasserhaushalt über die menschliche Gesundheit bis hin zu Stadtgrün und Forst abzudecken oder aber eher kompakt z. B. mit einer Fokussierung auf Starkregen und innerstädtisches Klima.

In Tübingen wäre der Fokus auf die Erstellung eines Starkregengutachtens und eines Klimagutachtens zu legen. Für externe Beauftragungen und die neu zu schaffende Koordinierungsstelle wären Kosten in Höhe von 385.000 € zu erwarten.

Durch die Übernahme dieser zusätzlichen Aufgabe müssten laufende Projekte verschoben werden. Zudem sind die notwendigen Hochwasserschutzmaßnahmen seit 2000 weitgehend realisiert oder in Umsetzung und es sind keine besonderen Risiken absehbar. Die Verwaltung schlägt daher vor, die Erarbeitung eines Klimawandelanpassungskonzepts aktuell nicht zu verfolgen.

Ziel:

Information des Gemeinderats über die notwendigen Bedarfe an personellen und finanziellen Ressourcen zur Erstellung eines Klimawandelanpassungskonzepts.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Auch wenn Klimaschutz das vorrangige Ziel sein muss, sind schon heute Klimaveränderungen in Baden-Württemberg spürbar und nicht mehr aufzuhalten. Die zwei zentralen Gefahren des Klimawandels im Land sind die Zunahme der Hitzebelastung und die Zunahme von Starkregenereignissen. Die Durchschnittstemperatur in Baden-Württemberg hat sich bereits um 1,3° seit 1881 (Beginn der Wetteraufzeichnungen) erhöht. Prognostiziert wird eine weitere Zunahme der Temperatur im Rahmen von +0,8 °C bis +1,7 °C (bis 2050). Innerhalb eines Stadtgebietes kommt es zu Wärmeinseleffekten und somit zusätzlicher Hitzebelastung, die in den Städten um weitere 3 - 4° C höher liegen kann als im Umland.

In fast allen Regionen Baden-Württembergs ist zudem mit hohen Schwankungen der Niederschlagsmenge innerhalb eines Jahres zu rechnen, mit der Folge von trockenen Sommern und feuchten Wintern.

Vor diesem Hintergrund wurde die Verwaltung im Rahmen der Beschlussfassung des interfraktionellen Kompromisses zum Haushalt 2019 (Beschluss 811a/2018) beauftragt zusammenzustellen, welche Ressourcen notwendig wären, um ein Klimawandelanpassungskonzept zu erstellen.

2. Sachstand

Auf Grundlage einer Recherche zu den Aufwendungen anderer Städte bei der Entwicklung eines Klimawandelanpassungskonzepts sowie eines verwaltungsinternen Austauschs wurde folgende Zusammenfassung erstellt:

2.1 IST-Zustand für Tübingen und Grundlagenrecherche

Aktuell werden in einzelnen Fachabteilungen der Stadtverwaltung Einzelmaßnahmen umgesetzt, die Anknüpfungspunkte zum Thema Klimawandelanpassung haben. Es sind in der Regel Maßnahmen der Daseinsvorsorge, wie z.B. der Hochwasserschutz.

Die Maßnahmen unterliegen keinem ämterübergreifenden Konzept und werden unabhängig voneinander in den jeweiligen Fachabteilungen bearbeitet.

Im Rahmen der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung wird die Lufthygiene (Kaltluftströme) regelhaft betrachtet, dies deckt aber nur Teile eines umfassenden Klimagutachtens ab.

Ein Fachaustausch mit den Kommunen Bochum, Erfurt, Freiburg, Jena, Karlsruhe, Landau, Ludwigsburg, Stuttgart und Worms fand statt. In Erfurt, Karlsruhe, Stuttgart und Worms wurde ein Klimawandelanpassungskonzept in Eigenregie in der Stadtverwaltung erstellt. In Freiburg, Landau und Ludwigsburg wurde ein externes Büro beauftragt. In Bochum und Jena wurden die Klimawandelanpassungskonzepte in einer Kooperation von Universität und Stadtverwaltung entwickelt. Die Federführung lag in den angefragten Kommunen i. d. R. bei den Organisationseinheiten für Stadtplanung oder Umwelt/Klima. Darüber hinaus waren folgende Verwaltungseinheiten beteiligt: Tiefbau, Umweltschutz, Grünflächen, Vermessung/Geoinformation, Liegenschaften, Gesundheitsamt, Entsorgung, Wohnungsgesellschaft, Wasserversorgung und Weinbau.

2.2 Potenzielle Bestandteile eines Klimawandelanpassungskonzepts für Tübingen

Entsprechend der zentralen Gefahrenquellen im städtischen Bereich – der Hitzebelastung und des Starkregenrisikos – wäre aus Sicht der Verwaltung eine Schwerpunktsetzung auf folgende Themen angezeigt:

- 1) Klimagutachten inkl.
 - Grundlagendaten zum Stadtklima (Niederschlag, Trockenheit, Schneehöhe, Wind, Sonnenscheindauer, Schadstoffbelastung, Oberflächentemperaturen, innerstädtische Hitzeinseln, Kaltluft)
 - Zukunftsszenarien
 - Handlungskonzept und Maßnahmenvorschläge
- 2) Starkregengutachten inkl.
 - Starkregengefahrenkarte
 - Risikoanalyse
 - Handlungskonzept und Maßnahmenvorschläge

2.3 Ressourcenbedarf für ein Tübinger Klimawandelanpassungskonzept

Insgesamt ist mit einem Zeithorizont von 2 Jahren zwischen Einbringung im Gemeinderat und Fertigstellung des Gesamtkonzepts zu rechnen. Für die Koordination sollte eine neue Stelle (75 % Teilzeit, E12, Befristung auf 2 Jahre) geschaffen werden. Dieser Person sollten folgende Aufgaben übertragen werden:

- Koordinierung einer Projektgruppe sowie einer internen Informationskampagne (Aufzeigen der Relevanz für viele verschiedene Abteilungen der Stadtverwaltung)
- Durchführung einer Expertenbeteiligung mit externen Interessensgruppen
- Beauftragung und Koordination der verschiedenen Fachgutachten
- Bürgerinformationsabende

Eine interne Begleitung des Starkregengutachtens und Klimagutachtens ist erforderlich. Die Hauptlast der internen Begleitung ist durch Personal der Bereiche Stadtplanung und Wasserwirtschaft zu tragen. Da es sich um eine ämterübergreifende Querschnittsaufgabe handelt, ist die Installation einer Projektgruppe mit regelmäßigen Treffen (2 bis 4x im Jahr) zu empfehlen. Neben den Fachabteilungen Wasserwirtschaft und Stadtplanung sollten hier die Bereiche Tiefbau, Umwelt- und Klimaschutz, Vermessung/Geoinformation, Liegenschaften, Wohnungswirtschaft, Feuerwehr, Stadtforst sowie Soziales und die Altenhilfe vertreten sein. Die Teilnahme an dieser Projektgruppe wird entsprechend weitere Personalressourcen binden.

Die Hauptlast der internen Begleitung ist durch Personal der Bereiche Stadtplanung und Wasserwirtschaft zu tragen. Hier ist mit folgenden internen Aufwendungen zu kalkulieren:

- Stadtplanung: 2 x 20% VK, über 24 Monate (-> 60.000 € interne Kosten)
- Wasserwirtschaft: 1 x 20% VK, über 24 Monate (-> 30.000 € interne Kosten)

Folgende, zusätzliche Aufwendungen fallen an:

- Koordinierungsstelle: 110.000 €
- Starkregengutachten: 175.000 €
- Klimagutachten: 100.000 €

Gesamtkosten: 385.000 €

Das Förderprogramm „KLIMOPASS“ vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft BW fördert mit 65% (max. 35.000 €) Klimaanalysen. Die aktuelle Förderkulisse war bis Ende November 2019 aktiv; eine Weiterführung im Jahr 2020 ist wahrscheinlich. Ebenso fördert das Ministerium die Erstellung eines Starkregengutachtens mit 70%. Somit könnten ggf. insgesamt circa 150.000 Euro Fördermittel eingeworben werden.

3. Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung sieht derzeit nicht die Möglichkeit, zusätzlich zu den vielen Projekten zum Klimaschutz auch das Thema Klimawandelanpassung aufzugreifen. Denn auch bei Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für die Koordination werden die Bestands-Mitarbeiterinnen und –Mitarbeiter der Bereiche Wasserwirtschaft, Tiefbau, Planung, Umwelt- und Klimaschutz etc. zusätzliche Aufgaben für das Klimawandelanpassungskonzept zu erbringen haben. Die Verwaltung schlägt vor, die Erarbeitung eines Klimawandelanpassungskonzepts aktuell nicht zu verfolgen. Dies wird als vertretbar angesehen, da in den vergangenen Jahren auch ohne aufwändige Gesamtkonzepte große Maßnahmen zur Sicherung der Bebauung gegen Starkregenereignisse umgesetzt wurden und die Kapazitäten damit noch immer voll ausgelastet sind. Durch die Erhaltung der Mittelhangzonen und der Kaltluftschneisen hat Tübingen seit Jahrzehnten Vorsorge gegen Überhitzung im Stadtzentrum getroffen. Hier sind kaum noch relevante Verbesserungen möglich. Für beide relevanten Themenfelder sind also vorerst keine wesentlichen Maßnahmen auf Grund detaillierter Erkenntnis zu erwarten.

4. Lösungsvarianten

4.1 Erstellung eines vollständigen Anpassungskonzepts

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Klimawandelanpassungskonzept zu erstellen. Die dafür notwendigen, zusätzlichen Finanzmittel in Höhe von ca. 385.000 € werden im HH 2020 und 2021 bereitgestellt. Ein Förderantrag zur Teil-Refinanzierung ist zu stellen.

Bestehende Aufgaben in den Fachabteilungen Stadtplanung und Wasserwirtschaft, z.B. im Bereich der Gebietsentwicklung in den Ortsteilen, müssen zeitlich gestreckt werden.

4.2 Erstellung einer Starkregenanalyse

Unabhängig vom gesamten Klimawandelanpassungskonzept wird lediglich die Starkregenanalyse durchgeführt. Hierfür sind ca. 175.000 € im Haushalt 2021 bereit zu stellen. Fördermittel in Höhe 70% (122.500 €) werden beantragt. Die notwendigen Personalressourcen werden von der Abteilung Wasserwirtschaft und Grün aus dem Bereich Hochwasserschutz bereitgestellt.

5. Finanzielle Auswirkungen

-